



Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiv.eu) welfens@eiiv.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | • 2. BREXIT-Verlängerung, ernste Probleme für

Europa drohen; zudem drohen EU-Asean-Konflikte durch neue Rivalität EU-UK;

Multilateralismus-Schwächung als Gefahr

BREXIT – ernste Probleme danach

Wuppertal, 11. April 2019 (*BREXITdanachEIIWwelfens2019.docx*)

Mit Ach und Krach dürfte UK nach einer zweiten Verlängerung bis Oktober 2019 aus der EU austreten, wobei sich daran eine Phase neuer Handelsverhandlungen EU-UK anschließt, die auf eine Art Zollunion EU-UK oder wohl doch eher eine Art EU-Kanada-Freihandelszone hinauslaufen werden. Das wird ein schwieriger Start des Europäischen Parlamentes nach den Europa-Wahlen 23-26. Mai werden, da wohl britische Abgeordnete mitwirken werden – jedenfalls sofern die May-Regierung nicht bis 22. Mai eine Unterhaus-Mehrheit für den EU-UK-Vertrag erreicht. Es besteht die Gefahr, dass die UK-Politikkrise auch die EU-Institutionen infiziert und einzelne UK-Abgeordnete werden sich in ihren Mitwirkungsrechten im EU-Parlament nicht durch Verhaltensvorgaben der Regierung in London beschränken lassen.

UK verlässt die Europäische Union ohne einen klaren Grund; und jedenfalls auf Basis eines Referendums, das man als nichtordnungsgemäß einordnen kann. Das Problem, im Vergleich zum Schottland-Referendum 2014, war: Die Cameron-Regierung gab der Wählerschaft in der offiziellen Info-Broschüre der Regierung 2014 die wichtige Info, dass jeder Schotte im Durchschnitt 1400 Euro pro Kopf an Einkommen verlieren werde „und alle Vorteile der britischen EU-Mitgliedschaft“; während 2016 beim EU-Referendum keinerlei Info über Einkommensverluste in der Cameron-Broschüre enthalten war, obwohl die Studie des UK-Finanzministeriums 2500 € Pro-Kopf-Einkommensverluste im Fall eines verhandelten EU-Austritts zeigte. UK hat sich im Kontext mit Mays widersprüchlicher BREXIT-Politik in eine politische Krise hineinmanövriert und dürfte bald um ein neues Schottland-Unabhängigkeitsreferendum und im Fall einer Unabhängigkeit Schottlands auch nicht um die nächste politische Krise nicht umhinkommen. Und was passiert mit der EU?

Die EU wird durch den UK-Austritt deutlich geschwächt, da man 1/5 des ökonomischen Gewichtes verliert; also hat die Europäische Union geringeren Einfluss bei internationalen Verhandlungen – es ist so, als hätte Deutschland Nordrhein-Westfalen verloren. Die britische Wachstumsverlangsamung wird in milder Form auch auf die EU zurückschlagen. Aber jenseits einer geringen Wachstumsdämpfung von etwa 0.5% für etwa zwei Jahre, nach einer UK-Rezession, wird die EU kaum Probleme haben. Die EU wird sich aber weiteren Herausforderungen gegenübersehen, nämlich Verschiebungen der politischen Gewichte im Innern und einer neuen massiven UK-EU27-Rivalität in Asien und den ASEAN-Ländern. Zu klären wäre eigentlich auch, warum britische Hacker-Angriffe auf Computersysteme in Universitäten und Forschungsinstituten in Deutschland so zugenommen haben – im Bereich der Wissenschaftskooperation scheint UK womöglich mit einem Abfischen von Daten in EU-Ländern seine künftige Position illegal verbessern zu wollen. Was soll eine Austrittszahlung von 40 Milliarden €, wenn zugleich gigantische Datenmengen auf dem EU-Kontinent abgesaugt werden – wenig sichtbar, aber doch sehr wertvoll; wenn die May-Regierung



digitale Francis-Drake Aktionen organisiert hätte, könnte das nicht ohne Konsequenzen bei weiteren EU-UK-Verhandlungen sein.

Bei gewichteten Abstimmungen im EU-Ministerrat nimmt aus Sicht des spieltheoretisch fundierten Banzhaf-Index das Gewicht von Deutschland und Frankreich zu, noch mehr in relativer Betrachtung das von Polen und Spanien; dabei gehören Frankreich und Spanien zu Ländern mit geringer EU-Unterstützung bei der Bevölkerung in 2019. Im Übrigen wird sich die um die Niederlande herauskristallisierende „EU-Hansegruppe“ kleiner EU-Länder, die nicht mehr UK als Partner zum Schutz gegen eine deutsch-französische Dominanz nutzen kann, bemühen, eigene EU-Reforminitiativen auf den Weg zu bringen. Deutschland und Frankreich als Reformduo dürfte jedoch wenig zustande bringen, da die akute EU-Müdigkeit beziehungsweise -Ablehnung in Frankreich erheblich ist, während in Deutschland die Bundesregierung in Sachen EU-Reformen wenig Ideen vorzuweisen hat. Wenn die Europäische Union nicht zügig reformiert wird, dürfte sie unter dem Druck von Populismus-Kräften in vielen EU-Ländern zerfallen.

UK wird versuchen, nach dem BREXIT vor allem wirtschaftlich-politisch in Asien mit neuen Freihandelsverträgen zu expandieren und zudem werden britische Universitäten die nach dem BREXIT überdimensionierten Universitäten durch mehr Studierende gerade aus Asien zu füllen; dabei wird UK auf seine alten Kolonialverbindungen (hier die neuen Ländernamen nutzend) Indien, Malaysia, Singapur, Brunei, Myanmar, Hongkong sowie als Einflussgebiet Thailand setzen. Jenseits von Indien und Hongkong hat man damit etwa die Hälfte des ASEAN-Integrationsclubs auf dem Radar, wobei UK historische Anknüpfungspunkte auch noch im heutigen Indonesien hat. Die EU-ASEAN-Zusammenarbeit wird von daher durch eine neue britische Politikkonkurrenz in Asien geschwächt, das ist nicht im Interesse der EU und schwächt die Möglichkeiten, den Multilateralismus – die Rolle internationaler Organisationen – zu erhalten.

UK dürfte, den Worten des britischen Tory-Verteidigungsministers Gavin Williamson folgend, mit der Entsendung des neuen Flugzeugträger HMS Queen Elizabeth in den Pazifik in 2021 eine neue militärische Präsenz in Asien aufbauen; in Verbindung mit den USA. UK wird militärischen Schutz in der Region für bestimmte Länder anbieten wollen, aber als Gegenleistung günstige Freihandelsabkommen und stärkere Politikkooperation erwarten: mit Zugeständnissen für UK, die deutlich über das hinausgehen, was man angesichts des geringen ökonomischen Gewichtes von Großbritannien eigentlich erwarten könnte. UK steht vom Bruttoinlandsprodukt ja für kaum 1/5 des EU28-Gewichtes – und bei Freihandelsverhandlungen, die für UK bisher via Brüssel beziehungsweise die Europäische Kommission geführt wurden, kommt es eben schon auch auf die Größe des ökonomischen Gewichtes an. Im Übrigen: ein asiatischer BREXIT, ein Auseinanderfallen des regionalen Integrationsclubs ASEAN etwa, in dem zehn Länder im Rahmen eines neuen Binnenmarktes mit über 600 Millionen Menschen mitwirken, wäre denkbar, obwohl die traditionelle Betonung von asiatischer Harmonie einen solchen Problemfall auszuschließen helfen kann.

UK, einmal aus der EU gefallen, wird in zahlreiche Konflikte mit der Europäischen Union stürzen, was die Kooperation EU-UK nicht beflügeln wird. Nicht nur die neue, scharfe Rivalität in Asien wird eine wichtige Rolle spielen, sondern auch die angesichts der BREXIT-bedingten Wachstumsschwächung zu erwartenden UK-Körperschaftssteuersatzsenkungen noch unter die schon programmierte Absenkung auf etwa 17% hinaus – von 20% vor 2016 her kommend. Neben den Gewinn-Steuersatzsenkungen sind deutliche Banken-

Liberalisierungsschritte zu erwarten, die zusammen mit einer US-Parallelpolitik der Trumpschen Banken-Deregulierung längerfristig zu einer neuen Transatlantischen-Bankenkrise führen könnte.

Die EU ist nach einem BREXIT also in einer schlechten Lage, sofern sie nicht rasch kluge Reformprojekte voranbringt. Gemeinsame deutsch-französische Initiativen sind hier mangels Berliner Angebote kaum zu erwarten, womit politisch das Zeitfenster des neu gewählten Europäischen Parlamentes, 2019-2024, durch Passivität verschenkt wäre. 2025 beginnt ein deutliches demografisches Auseinanderlaufen in Sachen Alterung der Erwerbsbevölkerung, wobei Deutschland, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal als rasch alternd – mit wachsenden Rentenlastquotienten – einzustufen sind, während die Alterungsgeschwindigkeit in Frankreich und UK deutlich geringer sein wird. In den alternden Gesellschaften wird es zu einem Verteilungskampf zwischen älteren Generationen mit Interessen an Rentenerhöhung und jungen Generationen mit erhöhtem Bildungsinteresse beziehungsweise an mehr staatlicher Bildungspolitik sowie erhöhten Klimaschutzausgaben kommen. Wegen solcher neuen Politikkonflikte dürfte die politische Steuerbarkeit von EU-Ländern und die Fähigkeit zum Erreichen langfristiger Kompromisse in der Demokratie dann geschwächt werden.

Das eigentlich schockierende am BREXIT sind drei Aspekte: 1) Dass eine 45 Jahre alte EU-Mitgliedschaft nicht vor einem EU-Austritt eines wichtigen Mitgliedslandes schützt – das zeigt EU-Verankerungslücken bei UK, auch wenig EU-Wissen bei großen Teil der britischen Bevölkerung; und zudem einen tiefen Mangel an politischem Brüsseler Risikomanagement mit Juncker-verursachter Politikzurückhaltung, wenn es darum geht, den EU-Club mit guten Argumenten und Infos zu verteidigen. Gegen den roten Lügen-Bus der BREXIT-Kampagne, wonach 350 Millionen Pfund pro Woche nach dem EU-Austritt für das Nationale Gesundheitssystem verfügbar sei, hätte man in alle EU28-Länder einen blauen Bus mit einer Tabelle zu Brutto- und Nettobeiträgen der EU-Länder schicken sollen. Es ist erschreckend, wie sehr und wie passiv Brüssel, Paris und Berlin von der BREXIT-Mehrheit überrascht wurden. 2) Wenn ein regionales Mega-Integrationsprojekt letztlich aus dem Nebel der Transatlantischen Bankenkrise heraus – dies zeigt das Buch BREXIT aus Versehen – zerfallen kann, wird man seitens der Bevölkerung und von Investoren her nicht viel Vertrauen in europäische Integrationsprojekte stecken können: Die westliche Welt, die 1990 noch wie der große Sieger des Kalten Krieges aussah, sieht 2019 aus wie ein großer Wackelpudding und die USA unter Trump gehören dazu. Immerhin hat Trump die über 60jährige EU-Unterstützung der EU-Integration aufgegeben, Klimaschutzpolitik versteht er trotz umfassender Erklärung durch US-Wissenschaftler nicht und seine Wirtschaftspolitik ist grotesk widersprüchlich und von populistischem Wunschdenken geprägt; so wie auch die BREXIT-Politik in UK oder die Politik der italienischen Conte-Regierung in 2018/19.

Wenn der BREXIT vollzogen ist, besteht die Gefahr, dass die Weltwirtschaft in ein neues Regime alter, veränderter Großmächte-Rivalität zurückfällt – eben ähnlich wie das 19. Jahrhundert. Das bedeutet nicht nur für alle Länder höhere Militärausgabenquoten wie im späten 19. Jahrhundert, nämlich rund 4%, sondern dass Großmächte – vor allem die neuen Großmächte USA und China – ihre Rivalitäten in regionalen Machträumen rau austragen werden; zum Schaden etwa der EU27- und der ASEAN-Länder sowie Afrikas. Den Multilateralismus – trotz US-Trumpismus – retten könnte wohl nur eine Achse EU-ASEAN, die China von der Versuchung abhalten könnte, selbst auf einen Bilateralismus

umzuschwenken und langfristig Machtkonflikte mit den USA und Japan so direkt und indirekt auszutragen. Die EU27 müsste allerdings ebenso wie die ASEAN funktionsfähig sein, wobei hier UK ebenso wie die USA und Russland die Rolle eines Störfaktors spielen dürften. Wird der Multilateralismus, also internationaler Interessenausgleich und Konfliktlösung durch Internationale Organisationen zerstört, so wird ein Mehr an militärischen Konflikten und großen globalen Wohlfahrtsverlusten die Folge sein. Nur eine verstärkte EU-ASEAN-Kooperation kann helfen, China von der Versuchung fernzuhalten, dem Trump-Ansatz des Bilateralismus zu folgen und seine seit 2001 sichtbare Mitwirkung beim Multilateralismus zu sichern; daher ist jeder britische Vorstoß, die EU-ASEAN-Kooperation zu schwächen, zurück zu weisen.

In den Worten des Generalsekretärs der Welthandelsorganisation WTO bedeutet Multilateralismus: To make the small big and the big civilized – kleine Länder groß zu machen und die großen zu zivilisieren (sprich: auch Großmächte müssen sich an ein globales Regelwerk halten). In Sachen Multilateralismus ist die Interessen-Überlappung von EU und ASEAN sowie auch weiterer Integrationsräume, für die die EU Vorbild war und ist, etwa der Mercosur in Lateinamerika und Ecowas in Afrika sehr weitgehend; möglicherweise abgesehen vom populistischen neuen Präsident Brasiliens, Bolsonaro, der ein Trump-Schüler sein will und in Selbstüberschätzung Bilateralismus predigen könnte. Man wird sehen, ob die EU nach dem BREXIT zu sinnvollen Reformen zügig fähig ist.

Wenn sinnvolle EU-Reformen nicht zustande kommen, dann dürfte die EU bald zerfallen und Europa in eine neue Bi-Polarität fallen: ein Wiederaufstehen eines deutschen Mitteleuropas einerseits und eine französisch dominierte Mittelmeer-Union mit vermutlich geringer ökonomischer Stabilitätsorientierung andererseits. Dass eine solche Machtkonstellation auf Dauer nicht stabil sein wird, scheint offensichtlich und es ist nicht erkennbar, dass die geschilderte neue Gesamtsituation bislang in der Politik der EU-Länder gesehen wird. Dort und in Brüssel fehlt zudem ein vernünftiges Risikomanagement, das auch schon im Vorfeld etwa des BREXIT hätte aktiviert werden müssen. Was die Politik zu Recht von Großbanken verlangt, leistet sie selbst gar nicht: ein bedenklicher Widerspruch.

Das Ganze wird beim BREXIT auch nicht dadurch besser, dass auf einen BREXIT wohl bald ein zweites Schottland-Referendum folgen wird: mit denkbarem nachfolgenden Austritt Schottlands aus der 1707 geschlossenen Union; also das Ende des Vereinigten Königreiches. Dann aber käme wohl auch eine Volksabstimmung in Nordirland über die Frage einer Wiedervereinigung Irlands, die vor dem Hintergrund bekannten Demographie-Trends in Nordirland auf Basis einer Mehrheit katholischer Iren in Nordirland diesen bisher britischen Landesteil aus UK herauslösen dürfte. Was für eine fantastische Destabilisierung von UK und der EU drohen aus dem anfänglich einfach anzusehenden BREXIT auf mittlere Sicht. Putins Russland und das 19. Jahrhundert können sich jedenfalls als Sieger des BREXIT-Votums fühlen. Dass die EU nach dem Austritt des störenfriederischen Großbritanniens eine größere Handlungsfähigkeit gewonnen hat, ist kaum zu sehen.

Die EU27 müsste schon zumindest einen Teil der Infrastrukturausgaben in Brüssel künftig zusammen mit konventioneller Verteidigung budgetmäßig verankern, zudem auch eine gewisse Umverteilungspolitik. Das jedenfalls machte ökonomisch Sinn, wie im Übrigen auch auf mittlere Sicht die Schaffung eines eigenständigen Eurozonen-Parlamentes. Mit einer Staatsverbrauchsquote von 3-4% hätte man genügend Handlungsspielraum in Brüssel, um

an die Stelle nationaler Fiskalpolitik künftig in Eurozonen-Konjunkturkrise nationale Handlungspolitik zu setzen. Fehlt der Mut für solche Reformen in der neuen Sitzungsperiode des Europäischen Parlamentes, wird weiterhin passieren, was die Forschungsgruppe Wahlen schon vor Jahren beschrieben hat: Die Wahlbeteiligung wird weiter sinken wegen der Unsichtbarkeit der EU-Aktivitäten und die Neigung der Wählerschaft, radikale Anti-EU-Parteien links oder rechts im Politikspektrum zu wählen, wird verstärkt sichtbar werden; bis eines Tages die EU von innen heraus, durch diese Wählerschaft einfach abgewählt wird – also EU-Ende durch Implosion. 2014 schon hatten Anti-EU-Parteien in Frankreich und UK die relative Wählermehrheit in der damaligen Europa-Wahl gewonnen; Frankreich und Italien stehen wohl für das neue Populisten-Duo auf EU-Ebene und wenn die USA weiter populistisch bleiben, mit politischer Missionierung in Europa, dann wird die Expansion der rechten Populisten vorangehen. Bei einer Anhebung der Staatsausgaben in Brüssel ist ein dynamisches Subsidiaritätsprinzip zu beachten, wonach weiterhin ein Vorrang nationaler Staatsaufgaben vor supranationalen gilt – allerdings kann die supranationale Aufgaben- und Ausgabenebene in Brüssel zulegen, sofern es gute ökonomische Gründe und steigende beziehungsweise hohe Wahlbeteiligungen bei Europa-Wahlen gibt: also der politische Wettbewerb sichtbar intensiv und damit die Wählerkontrolle zugunsten hoher Politikeffizienz in Brüssel hoch ist. Die jetzige Unterdimensionierung der EU-Ausgaben bei 1% des Bruttoinlandsproduktes – das ist beim Staatsverbrauch 1/10 der US-Ausgaben auf der Bundesebene und 1/20 des Staatsverbrauchs auf Ebene der EU-Länder – begünstigt geringe Europa-Wahlbeteiligung und weithin unreflektierte Stimmabgaben für extreme Parteien und damit gerade Anti-EU-Parteien, was auf EU-Zerstörung von innen und politische Radikalisierung in Europa hinaus läuft.

[Wenn Sie keine Zusendungen des EIIW mehr wünschen, klicken Sie bitte hier!](#)

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S., Springer, Heidelberg; 2. aktualisierte und erweiterte Auflage | Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3658214579 - [1. Auflage: 26000 Downloads in 10 Monaten](#)

Paul J.J. Welfens [An Accidental Brexit](#) New EU and Transatlantic Economic Perspectives, 2017, 472 S., Palgrave, London | Softcover € 24,25 (D) | ISBN 978-3-319-58270-2

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | [wiens@eiw.uni-wuppertal.de](mailto:wuens@eiw.uni-wuppertal.de)